

Personalrat KIT
Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe
ver.di KIT, Fachbereich, Bezirk und Landesbezirk
GEW Nordbaden, Baden-Württemberg und gHV
z.K. MdL Johannes Stober (SPD), MdL Alexander Salomon (Grüne)

Hochschulen Baden-Württemberg und KIT: Dauerstellen gegen Prekarisierung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Versammlung gestern am KIT mit Dr. Andreas Keller vom GEW-gHV zum Templiner Manifest **(1)**, zu der der AK Hochschule und Forschung der GEW Nordbaden und die Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe GSKa geladen hatten, brachte der Referent unter Bezug auf die Forderung nach Dauerstellen im Manifest **(2)** den Umsetzungsvorschlag ein, **die haushaltrechtlichen Kompetenzen der Landesregierungen zu nutzen, um Zielvereinbarungen für die Erhöhung der Anzahl an Dauerstellen mit den Hochschulleitungen abzuschließen.**

Dafür seien gute Voraussetzungen in Baden-Württemberg gegeben, weil eine entsprechende Festlegung Bestandteil des Koalitionsvertrags ist **(3)**. Zudem habe die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) kürzlich die Forderung des Templiner Manifests aufgegriffen und die Aufstellung von Dauerstellenkonzepten von den Hochschulen gefordert **(4)**. Wegen der Wahl des KIT-Präsidenten Prof. Horst Hippler zum HRK-Präsidenten ergibt sich für das KIT ein interessanter Ansatzpunkt an die eigene Adresse.

Bei der Veranstaltung waren die Landtagsabgeordneten Johannes Stober (SPD) und Alexander Salomon (Grüne) anwesend. Konkret auf die Unterstützung einer solche Zielvereinbarung angesprochen, stimmten sie zu und kündigten im Kontext mit anderen hochschulpolitischen Forderungen die Vorlage eines Umsetzungsvorschlags für Herbst 2012 an.

Wir wissen aus anderen Zusammenhängen, auf die am Schluss kurz eingegangen wird, dass die Realisierung von Konzepten, die sich im Kern gegen die von der gegenwärtigen Bundesregierung betriebene Unternehmer-Hochschule richten, alles andere als Selbstläufer sind.

Deshalb treten wir an den KIT Personalrat, die Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe und die beiden Gewerkschaftsgliederungen mit dem Vorschlag heran, die konkrete Forderung nach Abschluss der benannten Zielvereinbarung der Landesregierung für die Hochschulen Baden-Württembergs und für KIT in Form einer gemeinsamen Initiative einzubringen und öffentlich in den Hochschulen und darüber hinaus zu verbreiten.

Über eine Reaktion auf unseren Vorschlag würden wir uns freuen.

In der Diskussion wurde auf den Widerspruch zwischen Drittmittelabhängigkeit, Anpassungsdruck durch befristete Verträge und guter Wissenschaft im Interesse der Allgemeinheit und die Notwendigkeit einer verbesserten Grundfinanzierung eingegangen. Dieser Widerspruch steht in Beziehung zu Exzellenz-Konzeption und Elite-Status und auch zur geforderten Friedensbindung durch Zivilklauseln. Dazu wurde in der Versammlung das beigelegte Faltblatt über den Karlsruher Kongress gegen Kriegsforschung zur Information verteilt. Sowohl im Artikel für die Neue Rheinische Zeitung **(5)** als auch im ka-news-Bericht **(6)** finden sich Überlegungen zum Verlust des Elite-Status für KIT.

Mit kollegialen Grüßen

Dagmar Hamdi

Dietrich Schulze

Zitate

- (1) http://www.gew-bw.de/Termine_im_Bezirk.html#Section14917
Das Templiner Manifest - Traumjob Wissenschaft. Gute Forschung und Lehre - gute Arbeit: Zwei Seiten einer Medaille. Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Defizite der Personalstruktur und Karrierewege an Universitäten am 5. Juli am KIT
- (2) http://www.gew.de/Binaries/Binary64777/Templiner_Manifest_web.pdf
Textauszug Templiner Manifest *„**Daueraufgaben mit Dauerstellen erfüllen.** Neben Stellen zur Qualifikation und Professuren benötigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausreichend Stellen, auf denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit unbefristeten Verträgen Wissenschaft als Beruf ausüben können. Nur so lassen sich die Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement mit der erforderlichen Kontinuität und Qualität erfüllen.....“*
- (3) <http://gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/Koalitionsvertrag-web.pdf>
<http://dokumente.wscms-basis.de/Koalitionsvertrag-web.pdf>
Koalitionsvertrag 2011-2016 Baden-Württemberg *„**Gute Arbeit an den Hochschulen.** Kriterien guter Arbeit müssen auch an Hochschulen gelten. Die Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse betrachten wir kritisch. Wir streben an, innerhalb der nächsten fünf Jahre die Zahl unbefristeter Mittelbaustellen an den Hochschulen in Baden-Württemberg zu erhöhen.....“*
- (4) http://www.hrk.de/de/beschluesse/109_6806.php
Leitlinien für die Ausgestaltung befristeter Beschäftigungsverhältnisse mit wissenschaftlichem und künstlerischem Personal. Entschließung der 12. MV der HRK am 24.4.2012
Textauszug *„**Umsetzung an den Hochschulen.** Um ihrer Verantwortung für die befristeten Beschäftigungsverhältnisse gerecht zu werden, sind die Hochschulen aufgefordert, sich hochschulspezifische Standards zu setzen, nach denen sie innerhalb des rechtlichen Rahmens die Verträge ihres Personals ausgestalten. Dabei berücksichtigen sie die genannten Ziele der Planbarkeit, Transparenz und Gleichstellung. Es wird empfohlen, dass von den Fakultäten bzw. Fachbereichen Dauerstellenkonzepte aufgestellt werden, um die Anzahl der Dauerstellen in einem angemessenen Verhältnis zu den befristeten Qualifikationsstellen zu halten. Diese sind mit der Hochschulleitung abzustimmen.“*
- (5) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17942>
Erfolgreiche Zivilklausel-Tagung zur Verantwortung der Wissenschaften. **Karlsruher Kongress gegen Kriegsforschung.** Artikel Dietrich Schulze 27.6.2012 für Neue Rheinische Zeitung
- (6) <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/studieren-in-karlsruhe./Kritik-an-moeglicher-KIT-Militaerforschung-Keiner-weiss-woran-geforscht-wird;art6066,901734>
Kritik an möglicher KIT-Militärforschung: **"Keiner weiß, woran geforscht wird"**
Bericht Online-Magazin ka-news vom 20.6.2012

Erfolgreiche Zivilklausel-Tagung zur Verantwortung der Wissenschaften

Karlsruher Kongress gegen Kriegsforschung

Von Dietrich Schulze

Am 15. und 16. Juni 2012 fand am Karlsruher Institut für Technologie KIT (Campus Süd = Universität Karlsruhe, Campus Nord = früheres Forschungszentrum Karlsruhe) eine bundesweite Tagung zur „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ statt, zu der Veranstalter aus dem Kreis der Studierendenschaften, der Gewerkschaften und Friedensgruppen eingeladen hatten (1).



Friedenswissenschaftler
Professor Dr. Werner Buckel,
† 3. Februar 2003
Quelle: www2.hu-berlin.de

Mit den Waffen des Geistes - Gegen den Geist der Waffen

Es war die erklärte Absicht der Veranstalter, unter dem Leitgedanken „Mit den Waffen des Geistes - Gegen den Geist der Waffen“ ein Zeichen gegen die wachsende Indienstnahme der öffentlichen Bildungseinrichtungen für militärische Zwecke zu setzen und Perspektiven für die Friedensbindung der Hochschulen durch Zivilklauseln zu erarbeiten. Das ist trotz vielfältiger Widerstände gelungen.

Der zweitägige Kongress fand ziemlich genau 25 Jahre nach einem Kongress gegen Rüstungsforschung (2) an der Universität Karlsruhe unter Leitung des langjährigen Direktors des Physikalischen Instituts der Fridericiana Werner Buckel (1920-2003) statt. Ein bewegendes Moment zu Beginn der Würdigung der Tätigkeit des Friedenswissenschaftlers: Sein Sohn Walter Buckel bedankt sich für die Einladung und die Ehrung des Vaters und wünscht der Tagung einen guten Verlauf.

Soziale Gesellschaft oder Interventionskriege

Der Kongress war vielgestaltig und vermittelte dennoch eine einfache Botschaft. Die WissenschaftlerInnen, die Studierenden, die Beschäftigten der öffentlich geförderten Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen sich angesichts der globalen menscheitsgefährdenden Probleme Umweltzerstörung, Hunger und Armut entscheiden. Wollen sie ihre schöpferischen Kräfte friedlichen Zwecken oder kriegerischen Zwecken widmen? Wollen sie Aufbaumittel für eine soziale Gesellschaft oder Vernichtungsmittel für Interventionskriege schaffen?

Gegen Rüstungs- und Atomforschung

Mit Eröffnungsbeiträgen zu historischen Aspekten der Verantwortung der Wissenschaften und zum Irrweg Atomkraft, mit vier Arbeitskreisen zu den Themen Zivilklausel, Dual Use, Atomforschung und Drohnen: Der distanzierte Tod, sowie einem Abschlusspodium mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaft und Politik mit jeweils 50-80 TeilnehmerInnen, wurden überzeugende Antworten auf gegenwärtige Herausforderungen gegeben. Die Friedensarbeit von Werner Buckel zeigte sich als verbindende Klammer für alle Beiträge und für die diskutierten Perspektiven gegen Rüstungs- und Atomforschung.

Aus den Eröffnungsbeiträgen und der Arbeitsgruppe Atomforschung kam das klare Signal, die Atomreaktorforschung (IV. Generation, Transmutation) am KIT zu beenden. Das spiegelte sich auch im Abschlusspodium wider. Hier gab es zu der in Oppositionszeiten versprochenen und jetzt von der Grün-Roten Landesregierung Baden-Württemberg nicht in das KIT-Gesetz übernommenen Zivilklausel (3) eine zwar kontroverse, aber solidarische Diskussion mit der gemeinsamen Überzeugung, dass dieses nachgeholt werden muss und die Zivilklausel für alle Hochschulen Baden-Württembergs im Landeshochschulgesetz zu verankern ist. Für den Novellierungsentwurf werden bereits im Herbst 2012 erste Entscheidungen getroffen.

Die Eröffnungsveranstaltung am Freitag und das Abschlusspodium am Samstag sind als Video-Mitschnitte bei fluegel.tv (4) dokumentiert. Für weitere Informationen wird auf die Web-Dokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf verwiesen. Die Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen und andere Teile der Tagung sollen in einer knappen Broschüre zusammengefasst werden. An verschiedenen Programmen der Tagung haben PressevertreterInnen der Badischen Neuesten Nachrichten, ka-news, DIE ZEIT, Spiegel-Online, Deutschlandfunk und Westdeutscher Rundfunk teilgenommen. Auf Berichte in Spiegel-Online (5), junge Welt (6), Badische Neueste Nachrichten (7), ka-news (8) und wdr3-Resonanzen (9) wird besonders hingewiesen.

Forschendes Kriegsgemäuschel

In den Presseberichten werden vor allem die beiden aktuellen Auseinandersetzungen in Bremen und Baden-Württemberg behandelt. Dazu aus der wdr3-Sendung zu der für das KIT-Gesetz versprochenen und von der

Grünen Wissenschaftsministerin als "nicht mehr zeitgemäß" eingestuften Zivilklausel: „Demokratie im Rüstungssektor und in der Kriegsforschung war noch nie zeitgemäß, so auch heute nicht. Denn Rüstungsaufträge auch an Universitäten wurden und werden bislang nicht offengelegt oder gar öffentlich diskutiert. Kriegsvorbereitung ist Verschlussache. Gerade dagegen wenden sich die ‚unzeitgemäßen‘ Kritiker dieser Praxis. Wenn Zivilklauseln, ob nur universitär oder gesetzlich verankert, die Offenlegung fragwürdiger Zuwendungen zur Pflicht machen würden, hätte es ein Ende mit dem Geschacher hinter verschlossenen Türen und dem forschenden Kriegsgemauschel im Geheimen.“

Gesetzliche Zivilklausel und die Neunte

Mit Energie und Konsequenz war die Zivilklausel der Universität Bremen gegen die Machenschaften der Bremer Weltraum-Rüstungsfirma OHB von einem breiten Bündnis geschützt und bekräftigt worden. Kurz darauf war von Radio Bremen (10) aufgedeckt worden, dass die Universitäten Bremen und Karlsruhe Rüstungsforschung für OHB und Bundeswehr (Breitbandübertragung von Luftaufklärungsdaten) betrieben hatten, ein klarer Verstoß gegen die Bremer Zivilklausel.

Nun wird von der Rot-Grünen Bremer Landesregierung eine Zivilklausel für das Bremer Hochschulgesetz erwogen (11), die für alle Bremer Hochschulen verbindlich wäre. Wie wirksam bereits die Debatte darüber ist, kann nun direkt belegt werden. Der Akademische Senat der Hochschule Bremen (University of Applied Sciences) beschloss am 12. Juni 2012 einstimmig eine Zivilklausel als Selbstverpflichtung (12). Das ist nach TU Berlin, Uni Bremen, Uni Konstanz, TU Dortmund, TU Ilmenau, Uni Oldenburg, Uni Tübingen und Uni Rostock die neunte Zivilklausel an einer Hochschule (13).

Brief zur KIT-Rüstungsforschung

Die DFG-VK Baden-Württemberg und die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten hatten Ende Mai unter Berufung auf die in Bremen ausgegrabene Rüstungszusammenarbeit mit OHB an das KIT-Präsidium und Ministerin Bauer geschrieben und um Aufklärung gebeten, welche Institute der Universität Karlsruhe daran beteiligt waren und ob an Folgeprogrammen für die Bundeswehr geforscht wird (14). Seit nunmehr vier Wochen gibt es keinerlei Reaktion, obwohl KIT mit gerade verabschiedeten Ethik-Leitlinien (15) Transparenz der Forschungsinhalte und öffentlichen Diskurs versprochen hat.

Der Rektor der Uni Karlsruhe, später KIT-Präsident, und jetzt Präsident der Hochschulrektorenkonferenz Horst Hippler war von Anfang an Promoter von Rüstungs- und Atomforschung und Gegner der Zivilklausel. Wird sein Abgang, begleitet vom Verlust des Elite-Status für KIT, genutzt werden, eine grundsätzliche Kurskorrektur vorzunehmen? Innovative Zivilforschung statt Atomforschung, eine verbindliche selbstverpflichtende Zivilklausel statt Rüstungsforschung, verbesserte Grundfinanzierung statt mehr Drittmittel, Mitbestimmung statt Bürokratie, Arbeitsplatzsicherung statt Fristverträge.



Professor Dr. Horst Hippler -
Gegner der Zivilklausel

Quelle: idw-online.de

Aktionswoche „Militärfreie Bildung und Forschung“

Als nächstes Kampagnenziel der Zivilklausel-Bewegung wird die Unterstützung der bundesweiten Aktionswoche vom 24. - 29. September 2012 „Für militärfreie Bildung und Forschung“ (16) angesehen.

In der Tagung wurde sichtbar, dass sich an immer mehr Hochschulen Arbeitskreise und Initiativen für die Zivilklausel in Forschung und Lehre bilden und die Vernetzung der Aktivitäten verbessert werden konnte. Dabei spielen gewerkschaftliche Grundsatzentscheidungen zur Zivilklausel und die Unterstützung, z.B. für alle diejenigen „die sich verpflichten, nicht an militärischen oder zivilmilitärischen Forschungsprojekten mitzuwirken.“ (17) ebenso eine Rolle wie parlamentarische Initiativen, z.B. der Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag vom 13. Juni 2012 (Drs. 17/9979) „Keine Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen - Forschung und Lehre für zivile Zwecke sicherstellen“ (18).

Die seit 4 Jahren anhaltende Auseinandersetzung über den zivilmilitärischen Cluster KIT strahlt ermutigend auf Studierende aus, die mit ähnlichen Konstrukten konfrontiert sind. Dazu sei auf den geplanten Rüstungspark an der Universität Augsburg und einen aktuellen Beitrag in der Süddeutschen Zeitung (19) hingewiesen.

Wahre Universität

In der Tagung ist auch die geschichtliche Lehre, dass von deutschem Boden immer nur Frieden ausgehen soll, in den Blick genommen worden. Der Leitgedanke „Mit den Waffen des Geistes - Gegen den Geist der Waffen“ ist das Leitmotiv des Münchener Holocaust-Überlebenden und antifaschistischen Widerstandskämpfers Martin Löwenberg, das er den Teilnehmerinnen des Zivilklausel-Kongresses in der Uni Tübingen im Oktober 2011 in einem Grußwort (20) zugerufen hatte.

Die Studierenden können sich Hochschullehrer wie Werner Buckel zum Vorbild nehmen. Im Buch „Nachdenken statt Nachrüsten“ (21) schrieb er den schönen Gedanken über das vorbehaltlose Zusammenstehen aller Hochschulangehörigen am Tag der Hochschulen (20. Oktober 1983) nieder: „Das Plenum vermittelte das Erlebnis einer wahren Universität.“ Die Studierenden und die ProfessorInnen waren

zuvor gemeinsam gegen die Stationierung von Atomraketen auf die Marktplätze gezogen. Davon sind wir zwar noch ein gutes Stück entfernt. Aber: „So wie es ist, bleibt es nicht.“

Zitate (links)

- 1 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120531.pdf> http://bawue.dfg-vk.de/fileadmin/user_upload/SWK-0212.PDF
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120608.pdf> <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120615.pdf>
- 2 <http://www.trueten.de/uploads/Texte/Ruestungsforschung1987.pdf>
- 3 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17786>
- 4 <http://www.fluegel.tv/beitrag/4385> und [/4389](http://www.fluegel.tv/beitrag/4389) [/4396](http://www.fluegel.tv/beitrag/4396) [/4403](http://www.fluegel.tv/beitrag/4403) [/4408](http://www.fluegel.tv/beitrag/4408) [/4423](http://www.fluegel.tv/beitrag/4423) [/4430](http://www.fluegel.tv/beitrag/4430)
- 5 <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/militaerforschung-uni-bremen-verstoest-mehrfach-gegen-zivilklausel-a-838702.html>
<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/zivilklausel-uni-bremen-raeumt-weitere-militaerforschung-ein-a-837064.html>
- 6 <http://www.jungewelt.de/2012/06-15/025.php> <http://www.jungewelt.de/2012/06-15/026.php>
- 7 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120616.pdf>
- 8 <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/studieren-in-karlsruhe./Kritik-an-moeglicher-KIT-Militaerforschung-Keiner-weiss-woran-geforscht-wird;art6066,901734>
- 9 <http://www.wdr3.de/resonanzen/details/22.06.2012-18.08-wdr-3-resonanzen.html> <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120623.pdf>
- 10 <http://www.radiobremen.de/wissen/nachrichten/wissenunibremenzivilklausel102.html>
<https://www.ohb-system.de/bueland-mtv.html>
- 11 <http://www.taz.de/Zivilklausel/!94898/>
- 12 <http://www.pressebox.de/pressemeldungen/hochschule-bremen/boxid/515732>
- 13 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120624.pdf>
- 14 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120524.pdf>
- 15 http://www.kit.edu/besuchen/pi_2012_10668.php <http://www.wir-sind-kit.de/Dokumente/KIT-II-Dokumente/EthikflyerVerdi.pdf>
- 16 <http://antimilaktionswoche.wordpress.com/aufwurf/>
- 17 <http://bundeskongress2011.verdi.de/antraege/antrag.html?cat=A&sort=244&aid=12593>
- 18 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/099/1709979.pdf>
- 19 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120619.pdf>
- 20 <http://zivilklauselkongress.blogspot.de/2011/10/31/grussbotschaft-von-martin-loewenberg-an-den-kongress/>
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20111028.pdf>
- 21 <http://www.trueten.de/uploads/Texte/NachdenkenstattNachruesten1984.pdf>



20. Juni 2012

<http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/studieren-in-karlsruhe./Kritik-an-moeglicher-KIT-Militaerforschung-Keiner-weiss-woran-geforscht-wird;art6066,901734>

Kritik an möglicher KIT-Militärforschung:

"Keiner weiß, woran geforscht wird"

Karlsruhe (feb) - Die Zeiten für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) waren schon mal rosiger: Während am Freitag dem Zusammenschluss aus Universität und Forschungszentrum der Elite-Status entzogen wurde, reißt die Kritik an der möglichen Militärforschung des KIT nicht ab. Mitglieder des Unabhängigen Studierenden-ausschusses (UStA) und Gegner der Militärforschung kritisierten die Landesregierung bei einem zweitägigen Kongress am KIT und wittern Wahlbetrug von Grün-Rot.

"Wir erwarten nichts mehr von der Regierung", ärgerte sich Nadja Brachmann vom UStA bei einem Pressegespräch zur Tagung "[Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit](#)".

Tagung am KIT: "Wahlbetrug von Grün-Rot!"

Theresia Bauer, heute Bildungsministerin, und der Karlsruher Landtagsabgeordnete Johannes Stober hätten 2009 zwar noch einen Antrag auf Aufnahme einer Zivilklausel gestellt, so Brachmann, seit der Übernahme von Grün-Rot sei allerdings nichts gemacht worden. Die Zivilklausel soll eine militärische Forschung unterbinden.

"Im Gegenteil, Frau Bauer kann sich nicht einmal mehr an ihre Unterschrift und ihre Forderungen in der Opposition erinnern und schmettert alles als 'Jugendsünde' ab", sagte Brachmann in den Räumlichkeiten des KIT weiter. Die Studentin und andere Teilnehmer und Referenten der Tagung wittern Wahlbetrug der Regierung um Ministerpräsident Winfried Kretschmann. "Die Studenten, die sich für eine friedliche Forschung einsetzen, wurden von der Landesregierung im Stich gelassen!" [Noch im Wahlprogramm hätten sich die Parteien für eine Zivilklausel eingesetzt, so Brachmann, inzwischen würden sie sich daran einfach nicht mehr erinnern.](#)

Mögliche Militärforschung: KIT verweist auf ethische Richtlinien

Für Brachmann ist Transparenz eine unabdingbare Wichtigkeit für die Studenten. Viele wüssten nicht, wofür sie genau forschten, da der Forschungsauftrag oftmals geheim sei und die Studenten nur einen kleinen Teil davon mitbekämen. "Heute wird alles tot geschwiegen, keiner weiß woran geforscht wird", kritisierte sie. Hochschulen und das Land müssten sich für eine friedliche Forschung aussprechen. "Aber Hauptsache Hochschulen wie das KIT bekommen genug Drittmittel, um als mögliche Elite-Unis eingestuft zu werden!" Dass diese Drittmittel oftmals aus der Militärforschung in die Hochschulkassen kämen, ergänzte Dietrich Schulze, Organisator der Tagung.

Das Präsidium des KIT verweist in einer Stellungnahme für ka-news indes auf die ethischen Leitlinien, die am 21. Mai diesen Jahres vom KIT-Senat verabschiedet wurden, bekräftigt jedoch auch die vom Grundgesetz geschützte Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre. "Mit diesen 'Leitlinien für ethische Grundsätze des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)' appelliert das KIT an die Verantwortung aller Mitglieder und weiteren Angehörigen am KIT für ihr Handeln. Ein wichtiger Grundgedanke der Leitlinien ist, dass Forschung, Lehre und Innovation am KIT dem Erkenntnisgewinn, dem nachhaltigen Nutzen für die Menschheit und dem Schutz der Umwelt dienen sowie friedliche Zwecke verfolgen sollen. Die Ethischen Grundsätze thematisieren auch, dass im Sinne eines 'Dual Use' Forschungsergebnisse vielfältig genutzt werden können", so die Stellungnahme des KIT-Präsidiums.

Schulze: "KIT betreibt Militärforschung"

Es sei in der Forschung oft gar nicht möglich, vorherzusehen, ob die Ergebnisse einem militärischen Zweck dienen könnten oder nicht, etwa ob moderne Leichtbaumaterialien für Verkehrsflugzeuge oder für Kampffjets verwendet würden, geht aus der Stellungnahme des KIT weiter hervor. Die Ethischen Leitlinien sollen aber erreichen, dass über diese Risiken im KIT gesprochen und sich jeder der Verantwortung bewusst werde. "Eine gemeinsame Satzung und die ethischen Leitlinien sind nicht an die Exzellenzinitiative geknüpft", bekräftigt das Präsidium weiter.

Für Organisator Dietrich Schulze ist eine Zivilklausel dennoch unverzichtbar. "Am Forschungszentrum wurde bis 2009, bis zur Fusion mit der Uni, eine Zivilklausel gelebt", die aber nicht in die Satzung des KIT übernommen wurde. Auch die Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer IOSB in Karlsruhe sei ein möglicher Hinweis, dass das KIT Militärforschung betreibe, so Schulze. Die Teilnehmer der Tagung fordern vehement, die Zivilklausel in das Hochschulgesetz des Landes sowie am KIT zu verwurzeln. Ziel sei es, eine Welt ohne Krieg zu haben, deshalb stellten sich die Teilnehmer und Referenten auch weiterhin gegen die Rüstungsforschung an deutschen Hochschulen.

Weniger Elite, weniger Geld: "KIT soll innovative Dinge erforschen"

Als Schulze während der Presserunde das Ergebnis der Exzellenzinitiative mitteilte, herrschte unter den Anwesenden und den Referenten eine Art Siegesstimmung. "[Das KIT muss umdenken](#)", ließ sich aus den Reihen der Fürsprecher einer Zivilklausel vernehmen. Schulze hatte für die Verantwortlichen des KIT zudem einen Tipp, wie sie die fehlenden monetären Mittel schnell auffangen könnten: "Trotz Energiewende forscht das KIT weiter an Atomenergie. Diese Forschung ist teuer. Das KIT sollte lieber umstrukturieren, diese Forschung einstellen und vernünftige und innovative Dinge erforschen."

Übrigens: Fast die Hälfte der Teilnehmer einer nicht repräsentativen ka-news-Umfrage hat sich gegen eine militärische Forschung am KIT ausgesprochen. [Das genaue Ergebnis können Sie hier nachlesen.](#)

Anmerkung der Redaktion: Der Artikel wurde am Donnerstag im Nachhinein geändert. Gemeint war nicht das Fraunhofer ICT im Pfinztal, sondern das Fraunhofer IOSB in Karlsruhe. Die entsprechende Stelle wurde im Text geändert.

BNN 16. Juni 2012

Appell gegen Rüstungsforschung

Karlsruhe (kes). Vertreter der Tagung „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeiten“ am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) haben erneut ein Verbot für Rüstungsforschung an deutschen Hochschulen gefordert. Die Teilnehmer befassen sich noch bis einschließlich heute mit dem Thema in Karlsruhe. „Wir fühlen uns von der Landesregierung im Stich gelassen“, sagte Nadja Brachmann, Mitglied der „Initiative gegen Militärforschung“. Grüne und SPD hätten in ihren Wahlprogrammen zur Landtagswahl 2011 eine Zivilklausel gefordert, erinnerte die Studentin am KIT. „Nun will die Landesregierung davon nichts mehr wissen.“ In der Forschung, so Brachmann, gäbe es noch immer eine große Grauzone. Es sei deshalb notwendig, verbindliche Regeln zu schaffen. Das Forschungszentrum Karlsruhe hatte bis zu seiner Fusion mit der Universität Karlsruhe zum heutigen KIT eine Zivilklausel. Diese wurde nach der Fusion nicht in das KIT-Gesetz übernommen.

Info für gska-Veranstaltung 5.7.2012 im KIT mit Andreas Keller (GEW) zum Templiner Manifest.
Dr.-Ing. Dietrich Schulze Dietrich.Schulze@gmx.de
Initiative gegen Militärforschung an Universitäten WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf